

Frau Breinlich erläuterte kurz den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Jung sprach sich gegen die spezielle Behandlung eines einzelnen Ortsteils aus. Einzelne, sich aus der Gebührensatzung ergebende Problemstellungen seien durch die Verwaltung zu klären.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass der Rat über die grundsätzliche Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren entscheiden müsse.

Für den im Antrag konkret vorgetragenen Sachverhalt sehe die Verwaltung keinen Handlungsbedarf. Es seien bereits umfangreiche Überprüfungen vorgenommen worden. Auch der Rat habe sich im Zuge von Änderungen und Anpassungen der Straßenreinigungssatzung in der Vergangenheit mit dieser Angelegenheit befasst und beschlossen, hier keine Veränderung vorzunehmen.

Herr Knülle ergänzte, dass in der Vergangenheit Überlegungen angestellt worden seien, die gesamte Systematik der Straßenreinigungsgebühren umzustellen. Dabei wäre das Ergebnis erzielt worden, dass auch andere Formen der Gebührenabrechnung keine Ideallösung darstellen.

Anschließend stellte der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung: